

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis pro Quartal 1 Mark. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Buchhändler, Briefträger und die Verlags-Dalle (Galle), Zentralstraße Nr. 21, entgegen. — Einzelne Hefen einzeln und Vierteljahrshefte einzeln ebenfalls bei der Verlags-Dalle in Berlin und in Halle (Galle), Zentralstraße Nr. 21, erhältlich. — Druckerei: Verlags-Dalle (Galle), Zentralstraße Nr. 21, Berlin. — Druckerei: Verlags-Dalle (Galle), Zentralstraße Nr. 21, Halle. — Druckerei: Verlags-Dalle (Galle), Zentralstraße Nr. 21, Halle. — Druckerei: Verlags-Dalle (Galle), Zentralstraße Nr. 21, Halle.

Nummer 24

Halle (S.), den 12. Juni 1926

2. Jahrgang

Neue Konflikte.

Der Hindenburgbrief — Die Privatmeinung des Reichspräsidenten — Ein Spiel mit gezinkten Karten — Der widerlegte Herr von Loebell — Umdenk des deutschen Volkes? — Die Reichsregierung in Verlegenheit — Luther und Marx — Ein schlechter Tauch — Personalpolitik im Zentrumsfinne — Die Inkraftsetzung der Flaggenverordnung — Die Bischöfe gegen den Volksentscheid — Festhalten am Kompromiß — Die Mecklenburger Wahlen — Währungsgemeinschaft.

Das war nicht wohlgetan mein Feldherr, heißt es im Wallenstein. Wir müssen dieses Wort mit besonderem Bedauern auch auf den Brief anwenden, den der Präsident der deutschen Republik an Herrn von Loebell geschrieben hat. Selbstverständlich ist es auch dem Staatsoberhaupt unbenommen, seine politische Ansicht im engeren Kreise zu äußern, nur darf sie nicht ein Beeinflussungsverbot der Öffentlichkeit gegenüber werden. Wenigstens nicht bei uns, wo die Weimarer Verfassung ihrem ersten Beamteten seine enge Grenzen zieht. Man hat oft, gerade in der letzten Zeit darüber geschrieben, ob es sich nicht empfehlen würde, nach amerikanischem Muster die Präsidialrechte zu erweitern, und in der Tat spricht vieles dafür, vor allem die Möglichkeit, Krisen abzuwenden, die nicht in der Natur der Sache unbedingte und folgerichtige Gelegenheiten sind. Herr Loebell ist drüber selbst kein Kabinetsmitglied, ohne geführt zu werden, und aus seiner Regierung kann man ihm keine Stütze herausbrechen, ohne daß der Konflikt eine Zweibrüchigkeit bedingt aufwirft. Das hat sich durchaus bezeugt. Aber selbst wenn man die Frage nach einer Stärkung der höchsten Gewalt bejaht, vorläufig gelten noch die Bestimmungen von Weimar und sie verlangen peinliche Ansehung. Herr von Hindenburg hat das auch mit seinem Gefühl durchaus begriffen und im ersten Teil seines Schreibens klar und deutlich ausgesprochen. Leider biegt er im zweiten Teil selbst davon ab.

Sicherlich war ursprünglich dieser Brief nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Als aber die Kunde davon hinausgiert, blieb einem so aufrechten Manne wie Hindenburg nichts übrig, als sich in voller Freiheit, die in Wirklichkeit seine Freiheit mehr war, zu ihm zu bekennen. Herr von Loebell, dessen Tätigkeit schon im kaiserlichen Regime nicht gerade zum Nutzen gereichte, hat dem von ihm selbst auf den Schild erhobenen Feldmarschall ungeheuren Schaden zugefügt. Und man kann uns fragen was man will, der Verdacht ist zum mindesten nicht von der Hand zu weisen, daß es sich hier um ein Spiel mit gezinkten Karten gehandelt hat. Die Herren zur Rechten haben häufig im stillen Kämmerlein gesehzt, wenn sie an die Wahl des vergangenen Jahres dachten: Was' uns, wir haben gesehzt! Sie hatten zum Bau der deutschen Weimarer die härtesten Quaderstein herangeschleppt und verankert mit Schwere, daß sie, die das Böse gewollt, das Gute geschafft hätten. Deshalb diese lebenswichtige Angelegenheit an deren Ende wohl der Rücktritt des Reichspräsidenten stehen sollte. Selbstverständlich wird man mit einer solchen Behauptung sofort zum Verleumdung gestempelt, aber mit der Ehre der anderen gehen unsere Rechtsstreife nicht sonderlich äußerlich um. Herr von Loebell hat ja auch mit fittlicher Entschiedenheit die Mäßigkeit juridifizieren, es hätte er den Brief ohne Zwang veröffentlicht wolle. Erst die sozialdemokratische Antindignung habe ihm den Rückweg verperrt. Der Vorwärts jedoch bringt in seinem Heft-Druck das Material, das für den 20. Juni bereits fertiggestellt worden war, das Bild und den Brief hindenburgs mit dem Jubel: Stimmhaltung zu ihm, wovon der Reichspräsident kein Wort gesagt hat.

Dieser Zwischenfall hat die politische Lage noch weiter verschärft und droht die Sozialdemokraten in erhöhtem Ausmaß zu radikalisieren. Vor allem aber schmerzt es, daß Herr von Hindenburg nun in diesen Kampf hineingezogen werden wird, während wir alle dringend gewünscht haben, daß er, der Präsident, über den Parteien, außerhalb des politischen Tagesstreites stände. In seinem Brief findet sich ein Wort, das besonders bedenklich ist. Er wirft dem deutschen Volk großen Unmut gegen die Hohenzollern vor, falls es dem Volksentscheid zum Siege verhelfen sollte. Man kann über die Rechtsfrage denken wie man will, und auch weite Kreise der Demokraten haben sich gegen den Volksentscheid ausgesprochen, weil sie eine einschüßungslose Entscheidung nicht mit der Verfassung für vereinbar halten. Aber aus rechtlichen, nicht aus moralischen Gründen. Sogar ein Dank gebührt dem letzten Kaiser nicht. Gewiß, er hat sich den Frieden zu weihen versucht, aber seine Reden haben auch in den neutralen Staaten die an sich falsche Überzeugung von seinem Kriegswillen geweckt. Seine Regierung hat in 30 Jahren das große Erbe der Kaiserin reiflich veräußert. Zwei Kronenjäger führen wir dafür an, denen auch kein Deutschland der Gefolgschaft verweigern kann: Otto von Bismarck, der das Nötige im dritten Wandel seiner

Gedanken und Erinnerungen sagt, und Paul von Beneckendorff und Hindenburg, der ja selbst dem Kaiser zur Abdankung riet und damit ein verjährtes Urteil über ihn fällt.

Die Reichsregierung ist durch diesen Vorgang in eine peinliche Lage gebracht worden. Formal kann sie jede Verantwortung ablehnen, denn der Brief hätte, um eine amtliche Kundgebung darzustellen, der Gegenzeichnung des Reichspräsidenten bedürft. Aber die Frage ist doch wohl berechtigt, warum das Kabinett nicht das äußerste Verbot hat, gegebenenfalls sogar unter Androhung des Rücktritts, um die Zustimmung zur Bekanntgabe zu verhindern. Und da es uns ein offenes schriftliches Wort gefehlt hat. Man hat uns manche Vermutungen gemacht, weil wir den Sturz Luthers in jenem Augenblick nicht aufhießen. Die Ereignisse haben uns Recht gegeben. Herr Marx ist eine schwere Enttäuschung für jeden — der an ihn glaubte. Wer hinter die Kulissen gesehen hat, weiß, daß Luther sich anders verhalten hätte. Er hat mit dem Präsidenten Beratungen, um in der Frage des Volksentscheides eine Stellung einnehmen zu können, die den maßlos übertriebenen Anforderungen der fürstlichen Parole bot. Er hätte Herrn von Loebell ganz sicher das Handrecht gelegt. Aber selbst wer daran zweifelt, sehe sich einmal die Personalpolitik an, die jetzt getrieben wird. Herr Marx, einer der Vorkämpfer des Reichsbanners, er nennt Beamte, die überall zu finden sind, nur nicht auf dem Boden der deutschen Republik. Man muß sagen, daß Herr Luther, dessen republikanische Gesinnung sicher nicht ohne Zweifel war, der sich aber doch immerhin zu einem Lippenbekenntnis entschloß, niemals ans das Angebot hat. Und noch eines. Das Kabinett wurde geführt, weil es die Flaggenverordnung unangesehen erlassen hatte. Der Nachfolger des Kanzlers wurde Herr Marx, der als Reichsjustizminister die Verordnung verteidigt hat. Die Eingeweihten konnte es nicht überraschen, daß er sie ausdrücklich als zu Recht bestehend bezeichnete und jetzt ihre Durchführung angeordnet hat. Wir haben tatsächlich den Teufel mit Bösewicht vertrieben. Ein Kopfstücken geht durch das deutsche Volk.

Trübe genug sind die Aussichten für ein Kompromiß. Erst muß der Volksentscheid abfallen, ehe man diese Fragen ernsthaft erörtern wird. Aber die Aussichten zu sprechen ist sicher verfehlt und doch große Hoffnungen haben auch die leidenschaftlichsten Befürworter heute nicht. Die Bischöfe haben sich in einem Rundschreiben dagegen gewandt und man darf wohl annehmen, daß entsprechende Weisungen an den Klerus ergangen sind. Die republikanisch zuverlässige Partei des Zentrums wird auch hier dieselbe Haltung einnehmen, wie in der Flaggenfrage. Als vorstehende Hausväter schlagen sie die Brücke nach rechts, ohne die nach links abzubrechen. Man soll sie deshalb nicht scheitern, sie sind eher Zäufner, von denen man viel lernen kann und die es vor allem ausgezeichnet verstehen, ihre eigene Machtstellung zu stärken und zu festigen, nur soll man sie in jeder Rechnung für die deutsche Republik als Duobio vermehren. Verlaß ist niemals auf sie gewesen, und wer ihre Personalpolitik genauer betrachtet, wird sich eines leisen Schauderns nicht erwehren können.

Die Parteien der Mitte setzen zum Kompromiß. Wir haben Grund zu der Annahme, daß eine entsprechende Erklärung noch in diesen Tagen erfolgt und daß auch eine Niederlage des Volksentscheides den Fürsten nicht gewährt, was des deutschen Volkes ist. In der Flaggenfrage sind wir weiter denn je von einer Verständigung entfernt. Man soll die Dinge ruhig lassen. Dafür hatten wir in diesen letzten trüben Tagen wenigstens eine kleine Freude. Die Mecklenburger Wahlen haben den Radikalismus rechts und links auf dem Schlachtfeld verblühen lassen. Kommunisten und Böhlfische erlitten eine vernichtende Niederlage, in die auch die sozialdemokratischen mitbezogen wurden. Leider sind die Demokraten nicht Sieger geworden. Eine genaue Nachprüfung des Wahlergebnisses zeigt, daß sich die Parteien der Mitte gegenseitig gerieben haben, und es wäre doch so leicht gewesen, die Stimmverluste der anderen aufzufangen. Ein magerer Trost ist es, daß auch die fremden Staaten keine erfreulichen Ereignisse zu verzeichnen haben. In England dauert der Rohleinsturz weiter, und die schwachen Hoffnungslichter brennen immer noch trübe. Der Zerfall der Liberalen in zwei Flügel unter Lloyd George und Lord Orford, wie Asquith nach seiner Mobilisierung

heißt, wird die Gegensätze verschärfen. In Frankreich droht das Kabinett von neuem in eine Krise verwickelt zu werden. Die Gerüchte über den Rücktritt des Finanzministers Perets wollen nicht verfliegen. Der Franzosen stürzt und führt, und die geradezu sinnlichen Maßnahmen der Regierung werden ihm in diesem Bemühen nicht aufhalten. Nichts, gar nichts hat man in Paris von dem verzweifelten Kampf des deutschen Volkes gegen die Inflation gelernt. Man verhält es auf den gleichen Weg, auf denen wir nur immer tiefer in den Abgrund hineingezogen sind. Eine Notgemeinschaft bildet sich bereits, Frankreich und Belgien haben Verhandlungen angeknüpft, um gemeinsam den Währungszerfall zu bekämpfen, und in Paris, wie Brüssel hofft man, daß sich Italien ihnen gesellen wird: Ich je, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der Dritte.

Nur so wird allmählich das Chaos Europas überwinden werden, daß sich die Staaten eher aneinander schließen. Die Amerikaner fordern schon jetzt eine Gemeinwirtschaft der einstigen Feinde, die allein Rettung bedeuten könnte. Deutsche Abgeordnete der großen Koalition, die bei Briand gewesen sind, kehren mit dem Eindruck zurück, daß Frankreich willig genug ist, eine engere Wirtschaftsverbundung mit uns zu knüpfen, umso notwendiger ist es, als auch die gegenwärtigen Erörterungen in Genf keinen übermäßig erfreulichen Eindruck hervorgerufen. Großbritannien und Spanien sitzen im Schmollwinkel, und wenn auch sie kaum die deutsche Aufnahme im Herbst verhindern werden, der Eindruck ist doch peinlich genug. Ganz gleich, wie sich dort die Dinge abwickeln, soll man Locarno politisch und wirtschaftlich ausbauen. Wenn je, gilt hier der Grundsatz von den zwei Eichen im Feuer. Richard May.

Ein Bärendienst für Hindenburg.

Loebells Intrigue zugunsten der Fürsten. Durch die Veröffentlichung des Briefes des Reichspräsidenten an den ehemaligen königlichen Staatsminister von Loebell ist die Frage der Abfindung der Fürstenhäuser — wenn dies überhaupt noch möglich war — weiter vermischt und so gut wie unlösbar gemacht worden. Das Reichskabinett Marx hatte mit anerkanntem Wertesentzügen einen starken Anlauf genommen, um nach fünf Minuten vor zwölf, d. h. in der kurzen Zeit bis zum Volksentscheid, das Kompromißgesetz über die Ausenankündigung mit den ehemaligen Fürstentümern zur parlamentarischen Erledigung zu bringen. Der Reichstag hat die Vorlage bereits angenommen und der Reichstag wird sich in diesen Tagen damit befassen. Die parlamentarischen Aussichten des Gesetzes waren durch die anerkanntem Bemühungen des Ministers des Innern, Dr. Rühl, gebessert. Vor allem hatte man jetzt endlich den richtigen juristischen Standpunkt in der Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes gefunden. Es hatte sich der Standpunkt durchgesetzt, daß durch die Staatsumwälzung von 1918 das gesamte Verhältnis der Fürstentümer zum Staat, insbesondere auch in vermögensrechtlicher Beziehung, auf eine neue Grundlage gestellt worden war, und daß deshalb die Notwendigkeit gegeben worden war, dieses Verhältnis zwischen Dynastie und Staat auf dem Wege der Gesetzgebung zu regeln. Diese Darlegung der Grundlage und des Zweckes des Abfindungsgesetzes sollte in einer Färbel dem eigentlichen Geheiß vorangeschickt werden. Mit dieser Rechtsaufklärung, die das Kabinett sich jetzt zu eigen gemacht hat, wird nicht nur der Standpunkt als richtig anerkannt, auf den sich die Demokratische Reichsstaatsrat von vornherein gestellt hat, sondern es wird auch eine Lösung gefunden, die juristisch vollkommen einwandfrei ist, da sie sich auf analoge Entscheidungen des Reichsgerichts stützen kann. Doch größer aber ist die praktische Bedeutung dieses Kabinettsbeschlusses, da es in diesem Reichstag jedenfalls unmöglich war, die erforderliche Zweidrittelmehrheit für ein verfassungswirksames Gesetz in der Frage der Fürstenabfindung durchzubringen.

Damit sind aber noch keineswegs alle parlamentarischen Klippen umschiffen. Die Regierungsparteien besitzen bekanntlich im Reichstag nicht die Mehrheit, sie sind deshalb, wenn sie die Kompromißvorlage zur Annahme bringen wollen, zum mindesten auf die Stimmhaltung der Sozialdemokraten angewiesen. Die Aussichten für ein

bis zu einem Zeitpunkt verschoben wurden, wo ange-
nommen werden konnte, daß die Landwirtschaft für die
Aufnahme von Arbeitskräften aufnahmefähig sein würde
und wo ferner in der Bahn-Unterhaltung bei der Reha-
bilität selbst Arbeitskräfte in größerer Zahl gebraucht
werden.

Kredite für den bäuerlichen Kleinbesitz.

Uns wird geschrieben: Durch die Presse läßt der
Reichslandbund eine Notiz verbreiten, nach der es ihm
gelingen ließe, durch seine Vertreter bei der Rentensan-
tationsanstalt durchzusetzen, daß für den bäuerlichen Klein-
besitz, der bei der Vergebung der Goldanleihebankkredite
bekanntlich wiederum zu kurz gekommen ist, kleine Kredit-
ummen bis zu 500 M gegen einfachen Grundschuldbrief
zur Verfügung gestellt werden. An dieser Notiz ist, wie
wir auf das bestimmte versichern können, nur soviel
wahr, daß tatsächlich seit geraumer Zeit bei der Rentensan-
tationsanstalt Erwägungen über die Ausrichtung
eines solchen Kredites für die Kleinbauernschaft im Gange
sind. Unzutreffend ist es aber, daß die Anregung durch die Re-
presentanten des Reichslandbundes gegeben worden sei. Sie
mögen sich allenfalls zu der von anderen Stellen gegebenen
Anregung zutreffend geäußert haben. Es handelt sich
hier wieder um die beliebte Land und michode,
das Verdienst für alle Maßnahmen und Erfolge auf agrar-
politischem Gebiet ausschließlich für sich in Anspruch zu
nehmen. Welches Ungeheuer die Handlungsweise auf den
Charakter der verantwortlichen Landbundesführerinnen
wirft, mag dem gesunden Urteil der Leser überlassen
bleiben.

Um die Flaggenverordnung.

Ein vorzeitiger Erlaß des Auswärtigen Amtes.
Bisher war man in politischen Kreisen der Meinung,
daß gemäß den Erklärungen des Reichsstatlers darüber
die Flaggenverordnung am 11. August einheitlich durchge-
führt sein sollte. Reichsstatler Marx hat zwar die Er-
klärung Dr. Luhrs nicht ausdrücklich wiederholt, aber
es herrsche überall die Auffassung, daß in dieser Hinsicht
an den Erklärungen Luhrs nichts geändert werden wür-
de. Diese Auffassung ist nun durch die in dieser Nummer
abgedruckte „Reinische Zeitung“ hat noch am letzten
Sonntag der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Flaggen-
verordnung durchgeführt würde, wenn nicht vorher die
Einheitsfrage gelöst worden wäre. Das Auswärtige
Amt hat nun indessen die Beschlüsse des Kabinetts und
die Arbeiten des Flaggenauschusses nicht abgewartet,
sondern wie dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ von
zudemiger Stelle bestätigt worden ist, an die Millionen,
die demnach durch deutsche Kriegsschiffe gekehrt wer-
den, den Erlaß herauszugeben lassen mit der Verfügung,
daß er bereits bei diesen Besuchen in Kraft treten sollte.
Das gilt für Nordamerika, gilt für Spanien und auch für
Schweden, wo demnach eine deutsche Torpedobootflotte
anlaufen wird. Im übrigen hat man auch auf eine ein-
heitliche Durchführung verzichtet, sondern die Verordnung
so durchgeführt werden, daß bis zum 11. August läm-
liche Millionen in den Besitz des Erlasses und der Flaggen-
verordnung gesetzt werden. Dieser Erlaß ist, wie von anderer
Seite mitgeteilt wird, nicht auf einen Kabinettsbeschuß
zurückzuführen, sondern es handelt sich um einen Sonder-
erlaß des Auswärtigen Amtes, das allem Anschein nach
besonderen Wert darauf legt, die Flaggenverordnung so
schnell wie möglich durchzuführen.

In der Flaggenfrage wird das Kabinettsamt
darüber zu entscheiden haben, ob es die Ausarbeitung
von Vorschlägen einem besonderen Ausschuss zu dem auch
politische Verbände und Spezialisten herangezogen werden
sollen, überlassen oder selbst die Initiative in der Form
eines Gesetzesentwurfes ergreifen will. Es ist bereits be-
richtet worden, daß im Reichsinnenministerium drei Vor-
schläge für eine Einheitsfrage ausgearbeitet worden sind,
unter denen der des Reichsjustizwartes die stärkste Beach-
tung gefunden hat.

Sühne für eine völlige Verleumdung.

Eine schwere Verleumdung des Dresdner Bürger-
meisters, des Reichsinnenministers Dr. Kütz, fand in
Dresden ihre Sühne. Im September vorigen Jahres ver-
anstaltete die Dresdner Demokraten eine öffentliche
Versammlung, in der Dr. Kütz über die politische Lage
sprach. Hierbei waren die Völkischen in großer Zahl
erfahren. Sie störten von Anfang an die Versamm-
lung und sprengten sie schließlich. In der Debatte erhob
der völkische Stadtverordnete Volkschullehrer Blumentritt
gegen Bürgermeister Kütz die unehrerhörte Anschuldigung,
Dr. Kütz habe beim Anlauf von Grundstücken für
die Stadt in seiner Eigenschaft als Deputierter der Finanz-
verwaltung 25000 M Provision eingekehrt.
Diese ungläubliche Behauptung hatte Blumentritt vor
Gericht zu verantworten. Den Strafantrag hatte der
Dresdner Oberbürgermeister, Geheimrat Büher, in-
folge eines Ratsbeschlusses gestellt. Blumentritt machte
sich herausgucken, wurde aber vollständig der
Verleumdung überführt und zu zwei Wo-
chen Gefängnis verurteilt. In der Begründung
hob das Gericht hervor, daß als strafbarstehend in Be-
tracht komme, daß durch ein derartiges Treiben das
politische Leben immer mehr vergiftet
werde. Ein zweiter, bereits mit Gefängnis vorbestraf-
ter völkischer Stadtverordneter, Bonk, der gegen Dr.
Kütz den Anwurf erhoben hatte, er habe sich bei der Auf-
nahme von Auslandsdarlehen an Provisionen bereichert,
konnte bisher noch nicht zur Verantwortung gezogen
werden, da er inzwischen ins Ausland geflüchtet ist.

Das Halenkreuz in der Aula.

Die völkischen Abgeordneten im Preussischen Land-
tag beschwerten sich in einer kleinen Anfrage über den
Gymnasialdirektor Trittel des staatlichen Gymnasiums in

Kordhausen, der dem Vorstand der Deutschbünd-Gemein-
de die Gymnasialaula nicht zur Verfügung gestellt hat.
Direktor Trittel ist Angehöriger der Demokratischen Par-
tei und Mitglied des Staatsrats.

In seiner Begründung sagt Trittel: „Als ich die
Einladung des Deutschbundes erhielt, war ich sehr betrok-
fen, da alle Druck sachen das Halenkreuz führen.
Ich kann an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß das
Tragen und Zeigen des Halenkreuzes Lehrern und
Schülern, sowie bei allen Veranstaltungen der Schule auf
das strengste verboten ist. Unter diesen Umständen er-
scheint es mir persönlich unmöglich, die Aula für eine
Veranstaltung herzugeben, wo das Halenkreuz gezeigt
wird. Nach Rücksprache mit der vorgelegten Behörde
kann die Aula nur unter folgenden Voraussetzungen zur
Verfügung gestellt werden:

1. Das Halenkreuz darf in der Aula weder als
Aus schmückung noch als Abzeichen irgendwelcher Art ge-
zeigt werden.
2. Auch sonst dürfen weder Abzeichen,
Farben, Fahnen und dergleichen in Erscheinung treten,
die als Demonstration gegen die deutsche Republik aufge-
faßt werden könnten.
3. In den Antrags, Reden und
Wiedern darf nichts enthalten sein, was sich gegen den
heutigen Staat, seine Verfassung und verfassungsmäßigen
Einrichtungen richtet.“

Die Völkischen scheinen daraufhin auf die Be-
nutzung der Gymnasialaula verzichtet zu haben. Sie
lagen in ihrer Anfrage, daß die Ministerialstelle über
das Tragen von Abzeichen sich nur auf die Lehrer und
Schüler beziehen und fragen zum Zweck einer grundsätz-
lichen Klärung an, ob das Staatsministerium das Vor-
gehen des Gymnasialdirektors Trittel billige, wenn nicht,
was es zu tun gedente, um für die Zukunft ähnliche
Vorfälle der Schuleiter zu verhindern.

Die Antwort des Ministeriums steht noch aus. Hoff-
entlich wird den Völkischen klargemacht, daß staatliche
Gebäude nicht dazu da sind, in ihnen antirepublikanische
Rundgebungen zu veranstalten.

Mit Gott für König und Vaterland!

Für die Tagung des Haus- und Grundbesitzervere-
ins der rheinisch-westfälischen Kreiers am 30. Mai waren
als Referenten die rechtsstehenden Abgeordneten Lade-
dorf (Wirtschaftspartei) und Winnefeld (D. Rp.)
bestellt worden. Der Vortrag des Abgeordneten Lade-
dorf nahm nach der „Reinischen Zeitung“ keine Rücksicht
auf die bisher parteipolitische Neutralität der Organi-
sationen. Ladendorff erklärte geradezu, daß nach seiner
Auffassung Haus- und Grundbesitzervereine heute nicht
mehr unpolitisch sein könnten. Vor allem
aber leh er sich zu geradezu scandalösen Angriffen auf
den bestehenden Staat und zu Verunglimpfungen der Re-
gierung und des Parlamentarismus überhaupt hinreißen.
Die Minister seien „Puppen und Figuren“, der
Arbeits- und Regierungsschacher in diesen
„Deutschen Freistaat“ treibe Deutschland in den Abgrund.
Die Republik, die er eine „sozialistische“ nannte, existiere
leider noch. Sollen sich diese nicht mehr lange dauern,
die wir wieder lagen können. „Mit Gott für König
und Vaterland!“ Die rednerischen Ausschreitungen
Ladendorffs verdienen weiteste Verbreitung, damit den
Mitgliedern der Wirtschaftspartei die Augen geöffnet
werden für die politische Einstellung dieser angeblich poli-
tisch neutralen Partei.

Völkisches Allerlei.

Ludendorff läßt sich scheiden. Nachdem ein Münche-
ner Sonntagblatt die nach Lage der Sache besser mit
Diskretion behandelte Angelegenheit ausgeplaudert hat,
kann mitgeteilt werden, daß General Ludendorff gegen
seine Frau, geschiedene Berner, Scheidungsklage erhoben
hat.

Bötkische Sorgen.

Die Deutschvölkische Freiheitspartei hat im Preussis-
chen Landtag den ganzen Apparat einer sogenannten
kleinen Anfrage in Bewegung gesetzt, um der staatsver-
wundlichen Mittelwelt zu verdeutlichen, daß bei der Straßenbahn-
Köln-Süß angeblich ein höchstschwerer Schaden den Diensten eines
Straßenbahnaufsichters verurteilt. Die deutsche Ansprache
dieses Mannes ist so schlecht, daß sie allgemein auffällig
und nun wird das Staatsministerium gefragt, ob es
bereit ist, die Angelegenheit prüfen zu lassen und die
völkischen Wünsche auf Entfernung dieses Straßenbahn-
aufsehers zu erfüllen. — Die Sorgen möge man haben.

Briefkasten

Parteien. A. Die frühere völkischparteiliche Abge-
ordnetein Frau Katharina von Dheim hat in einem
Schreiben vom 13. März 1925 an den Parteivorstand
Dr. Strejmann ihren Austritt aus der Deutschen Volkspar-
tei erklärt. Als Grund ihres Austrittes gab Frau
v. Dheim an, daß die zuspaltige Haltung der
offiziellen Führung der Deutschen Volkspartei in der
Frage der Reichspräsidentenwahl es ihr unmöglich macht, or-
ganisiertes Mitglied der Deutschen Volkspartei zu sein.
Frau v. Dheim soll z. Zt. der Wirtschaftspartei
angehören.

Hotel u. Restaurant

„Weißer Bär“

Bes. Ad. Lührsagel.

Auto-Privat-Fahrschule

Ob.-Ing. Val. Bohland

bildet Kraftfahrzeugführer aller Klassen

zu kulantesten Bedingungen aus.

Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing

— Eintritt jeder Zeit. —

Tel. 6354. Tel. 6354.

Billigste Bezugsquelle
für Schuhwaren
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwertfegerstraße 14/15.

Geht zur Abstimmung!

So steht der amtliche Stimmzettel am 20. Juni aus!



Ja! Rette mit einem X im Ja-Kreis 3000 Goldmillionen **Ja!**
für das deutsche Volk. Mit Ja! für Volk und Vaterland!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Das führende Spezialhaus für Webereiwaren!



Die Qualitäts-Marke!

Unsere Preise sind billig!

Siefried Cohn
Webereiwaren • Breitweg 76o

Parkrestaurant Vogelgesang
berühmt durch seinen uralten Baumbestand und durch seine wunderbaren Rosen- und Dahlien-Anlagen, die bedeutendsten der Provinz.

Sonntags:
Gesellschafts-Ball.

Steinerner Tisch
Breiter Weg 94

Täglich Konzert
Mittags- u. Abendtisch
im Abonn. 85 Pfg., Gedeck 1,-

Wir fertigen
Drucksachen
für jeden Bedarf
schnellstens an
Allgemeine Zeitung
Delitzsch.
Fernruf 466.

Inserieren
bringt
Erfolg!

Hohenzollern-Park.

Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag von 4 Uhr ab

Kaffee-Konzert


mit

Kleinkunst-Bühne.

Eintritt frei. Eintritt frei.

Dandhaus Diesdorf

Carl Hernecke
Telephon 3746 — Schattiger Garten
Jeden Sonntag: Gesellschaftsball!



Größte Konsumenten-Organisation Mitteldeutschlands
35000 Mitglieder — Gegründet 1864. — Beschäftigt 520 Personen.

Wir liefern an unsere Mitglieder

einwandfreie Nahrungsmittel

und machen besonders auf unsere selbsthergestellten Waren aufmerksam.

Eigene Schlächterei
Neuzeitlich eingerichtet. Feinlichste Sauberkeit, erstklassige mechanische Einrichtungen, daher appetitliche äußerst schmackhafte Ware.

Bäckerei und Konditorei
Größter Betrieb dieser Art in Magdeburg, hygienisch einwandfrei.

Kaffeerösterei
Herstellung alkoholfreier Getränke.

46 Material- u. Kolonialwaren-Verkaufsstellen in Magdeburg u. Umgegend einschl. Schönebeck
8 Schlächterläden
2 Manufakturwarengeschäfte.

Allen Verbrauchern sei die Mitgliedschaft dringend empfohlen.
Beitrittserklärungen werden in allen Lagern entgegengenommen.

Konsum-Verein für Magdeburg u. Umgegend e. G. m. b. H.

Kennen Sie schon den **Garanti-Strumpf** **Mah-Jong**?

Alleinverkauf für Magdeburg

Noch heute sollten Sie einen **Probekauf** machen. **Paar 300**

BARASCH.

Besondere Tage!

Rennen zu Magdeburg!

Sonnabend, den 19. Juni 1926, 3 Uhr: Großer Herrenreiter-Tag!
Sonntag, den 20. Juni 1926, 3 Uhr: Jagd- und Flachrennen!

Wett-Annahme: Magdeburg, Breitweg 41II, Fernr. 9636
Volle Auszahlung! Einrichtung von Konten!

Nächster Renntag: Sonntag, den 25. Juli 1926.

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Haben Sie sich schon dem **Konsumverein Magdeburg** angeschlossen?

Meyer Michaelis
Gegr. 1864 Magdeburg Gegr. 1864
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424
Günstigste Bezugsquelle für Sehl-, Oberleder u. fämtliche Schuhmacher-Debarfsartikel

Jalousien, Rolläden, Fußbodenholzmatten
Reparaturen, Reparaturmaterial.
Jalousiefabrik Schmidt, gegründet 1871, Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel. 922.

Altstädter Bürgersäle
Apfelstr. 9. Fernspr. 6774.
Inhaber Ferd. Preuße

Säle
Vereinszimmer
Speiserestaurant

Bücher
Gut, billig, prompt
Buchhandlung Volksstimme

Jüngere
Stenotypistin
perfekt und zuverlässig, zum 1. Juli 1926
Bemerkung unter P. 24 an die Expedition d. Blattes.

Fernruf 7100
In Trauerfällen
Carl Ebeling
Hauptwache 8/9 am Alten Markt
Schrotestr. 26, Wilhelmstadt
Särge Eigene Fabrikate Solide Preise
Ueberführungen
m. eig. Leichenautos
Leichenwäscherin jeder Zeit.

Hermann Peters
gegr. 1872 Magdeburg gegr. 1872
Inhaber:
Gustav und Albert Peters
Dachdeckermeister
Baumeisterstr. 4, Fernspr. 5670
Ausführung aller Art Bedachung.

Denken Sie daran
Ihre **Familien-Anzeigen**
auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.

Zahlenkunststücke des Landbundes.

Von Ernst Meinde,
Mitglied des preussischen Landtags.

Bei der Beratung des Domänenrats im Preussischen Landtag machte der Vorsitzende des Landbundes, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Verlagsbuchhändler Hilber Spiegelberg den bemerkenswerten Zwischenruf: „Darüber denken drei Millionen der deutschen Bauern im Landbund anders!“ Gleich wurde ihm aus den Reihen der Demokraten unter der Heiterkeit der Unten zugurufen, daß es sozial Bauern in Deutschland überhaupt nicht gibt. Diese Feststellung konnte jedoch den demagogischen Abgeordneten Milberg, der bei der Beratung des landwirtschaftlichen Entwurfs als Führer seiner Fraktion auftrat, nicht abhalten, die Behauptung des Herrn Spiegelberg nachher noch einmal zu unterstreichen.

Wie liegen nun die Verhältnisse tatsächlich? Es gibt in dem durch den Versailler Frieden verkleinerten Deutschland nach der Betriebsstatistik von 1907 rund fünf Millionen landwirtschaftliche Betriebe. Davon gehören zu den großen Gütern von mehr als 400 Morgen nur rund 19 000 Betriebe. Mittelbäuerliche und großbäuerliche Betriebe von 20 bis 400 Morgen gibt es etwa 930 000 und kleinbäuerliche von 8 bis 20 Morgen ebenfalls etwa 900 000, also zusammen hochgerechnet 1 800 000 bäuerliche Betriebe. Der Rest von mehr als 3 Millionen Betrieben verteilt sich auf die 1,8 Millionen aller kleinflächigen Gartenbetriebe bis 2 Morgen und 1,2 Millionen Betriebe von 2 bis 8 Morgen, die natürlich überwiegend nur im Nebenberuf beschäftigt werden.

Trotzdem die Zahlenverhältnisse jedem klar vor Augen stehen müssen, der über die wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft sprechen oder sogar Entschlüsse treffen will, so haben dennoch Landbund und deutsche, früher christliche Bauernvereine nach dem Kriege Mitgliedszahlen angegeben, die zusammen allein schon 3,2 Millionen betragen. Wie die beiden Verbände machen sich alle Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe, ob groß oder ganz klein als Mitglieder an, obwohl es außer den beiden genannten Organisationen noch recht viele andere gibt. Zahlreiche bäuerliche Vereine in Süddeutschland und ganz besonders der Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe (Berlin) wollen nichts mit den beiden genannten Verbänden zu tun haben.

Es ist erstaunlich, daß der Vorsitzende des Landbundes Hilber Spiegelberg und sein Bundesgenosse Milberg noch heute und zwar in der Öffentlichkeit des Preussischen Landtags solche — wenig treubäuerliche — Zahlenkunststücke zu verkettern wagen. Es ist dies umso auffälliger, als die im Landbund betriebene Politik den Bedürfnissen und Hoffnungen der bäuerlichen und Kleinlandwirte, deren Mitgliedschaft sie für sich in Anspruch nehmen, keineswegs entspricht.

Sind die führenden Herren vom Landbund wirklich so schlecht über die Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft unterrichtet oder glauben sie nach all den unlieblichen Vorgängen in den Landbundesgenossenschaften jetzt noch die öffentliche Meinung blüffen zu können? Jedemfalls wird es in unserer wirtschaftlichen Notlage nun aber höchste Zeit, daß die in den Parlamenten, die Verbänden und die Öffentlichkeit von den Landbundesführern und Landbundesgäulen freimachen und die deutsche Landwirtschaft richtig einschätzen lernen. Dann wird es auch gelingen, die Masse der landwirtschaftlichen Betriebe von weniger als 300 Morgen, die aber zusammen 75 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands bewirtschaften, und die sich bisher oft recht feiermützlich haben behandeln lassen, zur höchsten Leistung zu befähigen — im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Gesetzführender Ausschuss). Sitzung am Montag den 14. Juni abends 7 Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammklub). Dienstag, den 15. Juni, abends 8 Uhr: Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6, Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

Dr. Böhner über Schulfragen.

Im Rahmen eines Informationsabends der Demokratischen Partei Wahlkreis Potsdam 2 hielt Landtagsabgeordneter Oberstudienrat Dr. Böhner am Montag über schwedische Schulfragen. U. a. führte er ganz **Schuldig** aus, bei der jetzt erfolgten Regelung laufe der Staat Gefahr, zuzugreifen auf einer Übernahme der Personalkosten der gesamten höheren Schulen gezwungen zu werden. Ob diese die kommunaler Pflege viel wert seien, schon so weit seien, daß sie mehr nur erhalten werden müßten, weniger weiter entwickelt, sei fraglich. Der Grundlag die gesamten Ausbildungsstellen dem Vater aufzuliegen, verfolge den Wert der Ausgebildeten für die Allgemeinheit und führe zuletzt zu einer Privatschule. Zur **Schulbildung**, er würde es befehlen, wenn die Studenten der neuen Akademie nicht frisch von der Schule kommende Abiturienten seien, sondern, wie man mußte, solche,

die es schon in anderen Berufen versucht hätten. Die Junglerher müssen für die Weiterbildung der jugendlichen Erwerbslosen herangezogen. Zur Konfessionsalisierung der Schule: in längeren Ausführungen behandelte Redner die Grundlegung der katholischen Theorie durch Leo XIII. und ihre philosophischen Grundlagen über Thomas von Aquino zurück bis Aristoteles. Leo XIII. habe aber in dem Schreiben an die amerikanischen Erzbischöfe von 1892 über das Vorgehen des Erzbischofs Ireland von St. Paul die von den Demokraten geforderte gemeinsame Schule aller Bekenntnisse mit besonderem Religionsunterricht für jedes einzelne Bekenntnis ausdrücklich als Bekenntnisschule (Confessionales), die **geduldet** werden könnten, bezeichnet, die rein katholischen nenne er dort Eigenschulen (propriae). Ob man diesen Brief



Der Stolz ins Wespennest.

Die Putschisten: „Schluß mit der Unterleuchung! Sehen Sie denn nicht, was für ein gutes Gewissen wir haben?“

Leos XIII. im Reichsministerium des Innern nicht kenne? Anschließend an den Vortrag berichtete Herr Oberregierungsrat Dr. Barantarr über die Elternbetriebswahlen.

Die von der **Ortsgruppe Magdeburg** der D. D. P. am vergangenen Sonntag veranstaltete politische Aussprache war sehr gut besucht. Herr Landtagsabgeordneter Dr. Böhner, Leiter der Versammlung, gedachte des verstorbenen Reichsministers a. D. Rudolf Döber. In tiefempfundnen Worten schilderte Redner das Wirken dieses aufrichtigen und schaffenden Demokraten. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. Herr Reichstagsabgeordneter Staatspräsident a. D. D. Hummel sprach in einer glänzenden, mit gutem Humor gewürzten Rede die neuesten politischen Tagesfragen. Er behauptete, daß das deutsche Volk, so wenig Verständnis für die großen politischen Fragen besitzt, sich **alzu** sehr mit untergeordneten Fragen beschäftigt. Die politischen Verhältnisse seien ungeläuter denn je und niemand könne voraussehen, welche Entwicklung sie nehmen. Schuld an dieser Entwicklung habe ein gutes Teil unser Wahlrecht. Es ist anzurechnen, daß das Stimmverhältnis der Parteien auch bei künftigen Wahlen sich wenig ändern wird, **alzu** im überhaupt regieren zu können, weiter nichts übrig bleibt, als Koalitionen zu schaffen, auf die sich die Regierung stützen kann. Wahrscheinlich sei, daß bei einem anderen Wahlrecht die Verfassungskraft des Abgeordneten wieder mehr zur Geltung und **nicht**lich auf diesem Wege eine starke Regierungsbereitschaft zustande käme. Die Wahlopolitik träte augenblicklich nicht so stark in den Vordergrund. Die Position Deutschlands in der Welt könnte allerdings sehr gefährdet werden, wenn es uns gelänge, unsere Lage im Innern jurisdiktionsstiftender zu ordnen. Hier liegen eine Anzahl ungelöster Probleme, die die Gemüter sehr stark bewegen. Redner wies auf die Flaggengfrage, Fürstenabfindung und andere wichtige Probleme hin. Für die Demokratie ist die Flaggengfrage durch Weimar gelöst. Man müßte sich mit dieser Lösung abfinden. Jedes Kompromiß sei von Uebel. In der Fürstenabfindung wies Redner auf die Regierungsverträge und auf das demokratische Bemühen hin, eine gefällige Regelung zu schaffen, die leider im Reichstag keine Mehrheit fand. Annahmen sei, daß die Regierung noch vor dem 20. Juni eine Regelung zu finden

versuche. Um die Wirtschaft in Stand zu setzen, müssen alle Mittel angewendet werden. Die Wirtschaftslage sei auch heute noch sehr bedenklich. Eine ganze Anzahl Industrien haben immer noch unter den großen Vorkäufen zu leiden, diese liegen sogar noch vollständig darnieder. Die Folge dieser ungelunden Zustände werden sich naturgemäß auf dem Arbeitsmarkt sehr stark aus und es drängt an uns die Frage, ob wir überhaupt in den nächsten Jahren in der Lage sind, die starke Arbeitslosigkeit zu meistern bezw. zu beseitigen. Alle die Probleme, die man hier in die Debatte geworfen hat, haben praktische Abhilfe nicht gebracht. Obwohl man in Amerika heute schon der Ansicht ist, daß nur Deutschland einen wirtschaftlichen Aufstieg nehmen wird, müßte doch gezeigt werden, daß es demnach äußerst fraglich sei, das große Heer der Arbeitslosen **schon** unterzubringen. Notwendig sei, daß man den inneren Konsum hebe, das helfe schon etwas. Ferner sei notwendig, daß wir eine großzügige innere Kolonisation betreiben. Es muß, soweit Mittel vorhanden sind, mit praktischer Siedlung begonnen werden. Damit kann die Abwanderung vom Lande etwas unterbunden werden. Einige hunderttausend deutsche Bauern in einer kurzen Spanne Zeit anzusiedeln, sei undenkbar, weil dem Staat hierzu einfach die Mittel fehlen. Mit der Festlegung der Güter sei allgemein nichts getan, es müßten auch Gebäude errichten, Geräte und Vieh angeschafft werden. Soweit der Staat die Mittel hat, muß er an diese Kulturanstöße herantreten, um die Landbesiedlung **schon** zu machen. Die Industrie könnte in allererster Linie die städtische Bevölkerung aufnehmen und erst dann, wenn sie weiteren Bedarf hat, auf die Landbesiedlung zurückgreifen. Redner erwiderte, recht lebhaft an der politischen Aufklärung mitzuarbeiten. Es sei nötig, für Aufklärung zu sorgen, damit mehr Klarheit bei den verschiedensten aktuellen Tagesfragen geschaffen wird. Es sei Aufgabe eines jeden Demokraten, praktisch mitzuarbeiten. Keiner dürfe behaupten, Jeder einzelne habe als Staatsbürger die Pflicht, aktiv in die Politik einzugreifen. Allerdings müßten wir uns frei machen von den persönlichen Interessen in der Politik. Wenn nur die persönlichen Interessen ausschlaggebend sein sollten, wäre es um die Nation und um den Staat sehr schlecht bestellt. Der Weg müßte frei gemacht werden für eine starke, den Staat beherrschende Demokratie, in der freudig alle liberal-sozial denkende Elemente mitarbeiten. Der Vortrag fand sehr gute Aufnahme und starken Beifall.

Weitere Spaltung der Rechtsfraktion.

Die Rechtsfraktion im Magdeburger Stadtparlament, eine Koalition von Volksparteikern und Deutschnationalen, hat sich getrennt. Bekanntlich haben sich nach den Stadtverordnetenwahlen die Wölflingen dieser Rechtsfraktion angeschlossen, sind aber später wieder aus ihr ausgeschieden. Dieser erste Spaltakt hatte keine Nachwirkungen. Für jeden Kenner der Verhältnisse in der Rechtsfraktion war es nicht unbekannt, daß dieses Konglomerat auf die Dauer nicht bestehen kann. Die Gegenwärtigkeiten innerhalb der Fraktion waren äußerst stark, **alzu** der frühere Fraktionsführer Dr. Zeschke sehr häufig seine Liebe **alzu** hatte, die entlassenden Risse zu vertiefen. Es ist nicht jedermanns Sache, eine Fraktion zusammenzuführen, in der sehr viele zerlegende Elemente mitarbeiten. War Herr Zeschke das Glück nach dieser Wählung hin etwas hoch, so hat Herr Hennig eine **alzu** scheinbar sehr. Nach dem Zusammenfallen der letzten Monats war es vorauszu sehen, daß über kurz oder lang eine Reihe von Stadtverordneten sich von der Rechtsfraktion trennen werden, weil ihnen ein Zusammenarbeiten mit der extremen Richtung innerhalb der Rechtsfraktion unmöglich ist. Wir sehen davon ab, heute auf einige Punkte näher einzugehen, möchten nur darauf hinweisen, daß die Rechtsfraktion die Ansicht hatte, gegen den **alzu** tretenden Stadtverordnetenvorsitzer, Herrn Leue, vorzugehen wegen angeblichem Verfallens in der Wahl des neuen Stadtrates. Bekannt war, daß bei dieser Wahl Herr Leue, Herr Faber und Frau Egold gegen den Kandidaten der Rechtsfraktion waren. Herr Leue und Herr Faber sind deshalb der letzten Stadtverordnetenversammlung ferngeblieben; Frau Egold hat sich an der Wahlung nicht beteiligt. Die von dem Kartell der Christlichen Gewerkschaften vorgeschlagenen Stadtverordneten Leue und Faber sowie Frau Egold und Stadtrat Kull werden, wie uns zuverlässig gemeldet wird, aus der Rechtsfraktion ausgeschieden. Man spricht noch von einem weiteren Mitglied, das sich diesem Vorgehen anschließen wird. Für den Fall, daß die Rechtsfraktion die vollen städtischen Stadtverordneten wieder in ihrer Fraktion aufnimmt, sollen weitere Austritte folgen. Diese Gefahr besteht, denn die Rechtsfraktion steht in erster Verhandlung mit den Wölflingen; es haben schon gemeinsame Beratungen stattgefunden. Wie uns von einem Mitglied der Christlichen Gewerkschaften bestätigt wird, findet die Haltung der Herren Leue und Genssen volle Billigung und wir können hinzufügen, daß auch Persönlichkeiten anderer Gewerkschaftsrichtungen volles Verständnis für die Haltung des Stadtverordneten Leue haben.

Demokratische Jugend. Am Dienstag, den 15. Juni, abends 9 Uhr spricht unser Führer, der Reichstagsabge-

Demokraten! Geht am 20. Juni zur Abstimmung!

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 50 Pfennig monatlich einschließlich Postgebühren. — Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Schenker, Buchhändler und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Einzelne Hefen 5 Pfennig und 10 Pfennig. — Abonnementpreis: 3 Mark jährlich im Voraus. — Druck: G. G. Hoffmann, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21.

Abonnementpreis: Für die schlesische Wälderstraße 100, 100 Pfennig. — Abgabe im Voraus. — Druck: G. G. Hoffmann, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Druck: G. G. Hoffmann, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21.

Nummer 24

Halle (S.), den 12. Juni 1926

2. Jahrgang

Neue Konflikte.

Der Hindenburgbrief — Die Privatmeinung des Reichspräsidenten — Ein Spiel mit gezinkten Karten — Der widerlegte Herr von Loebell — Undank des deutschen Volkes? — Die Reichsregierung in Verlegenheit — Luther und Marx — Ein schlechter Tausch — Personalpolitik im Zentrumsinne — Die Inkraftsetzung der Flaggenverordnung — Die Bischöfe gegen den Volksentscheid — Festhalten an Kompromiß — Die Mecklenburger Wahlen — Währungsgemeinschaft.

Das war nicht wohlgetan mein Feldherr, heißt es im Maltenstein. Wir müssen dieses Wort mit schmerzlichen Bedauern auch auf den Brief anwenden, den der Präsident der deutschen Republik an Herrn von Loebell geschrieben hat. Selbstverständlich ist es auch dem Staatsoberhaupt unbenommen, seine politische Ansicht im engeren Kreise zu äußern, nur darf sie nicht ein Beeinflussungsverbot der Öffentlichkeit gegenüber werden. Wenigstens nicht bei uns, wo die Weimarer Verfassung ihrem ersten Beamten sehr enge Grenzen zieht. Man hat oft gerade in der letzten Zeit darüber geurteilt, ob es sich nicht empfehlen würde, nach amerikanischen Muster die Präsidialrechte zu erweitern, und in der Tat spricht vieles dafür, vor allem die Möglichkeit, Krisen abzuwenden, die nicht in der Natur der Sache unbedingte und folgerichtige Folgen sind. Herr Goebbels hat diesen Brief dem Reichspräsidenten, ohne geführt zu werden, und aus seiner Regierung kann man ihm keine Sätze herausbrechen, ohne daß der Rang einer Zweidrittelmehrheit dafür aufbringbar ist. Das hat sich durchaus bewährt. Aber selbst wenn man die Frage nach einer Stärkung der höchsten Gewalt beachtet, vorläufig gehen noch die Bestimmungen von Weimar und sie verlangen peinliche Innehaltung. Herr von Hindenburg hat das auch mit seinem Gefühl durchaus begriffen und im ersten Teil seines Schreibens hat er deutlich ausgesprochen. Leider biegt er im zweiten Teil selbst davon ab.

Sicherlich war ursprünglich dieser Brief nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Als aber die Kunde davon hinausgiel, blieb einem so aufrechten Manne wie Hindenburg nichts übrig, als sich in voller Freiheit, die in Wirklichkeit keine Freiheit mehr war, zu ihm zu betonen. Herr von Loebell, dessen Tätigkeit schon im kaiserlichen Regime nicht gerade zum Nutzen gereichte, hat dem von ihm selbst auf den Schild erhobenen Feldmarschall ungeheuren Schaden zugefügt. Und man kann uns sagen was man will, der Verdacht ist zum mindesten nicht von der Hand zu weisen, daß es sich hier um ein Spiel mit gezinkten Karten gehandelt hat. Die Herren zur Rechten haben häufig im stillen Kämmerlein geseufzt, wenn sie an die Wahl des vergangenen Jahres dachten: Was uns, wir haben gesagt! Sie hatten zum Bau der deutschen Weimarer den härtesten Quarzstein herangeschleppt und erlarmten mit Schmerz, daß sie, die das Wort gewollt, das Gatte geschickt hatten. Deshalb die lebenswichtige Anträge, an deren Ende wohl der Rücktritt des Reichspräsidenten stehen sollte. Selbstverständlich will man mit einer solchen Behauptung sofort zum Verleumdung gestempelt, aber mit der Ehre der anderen gehen unsere Rechtskreise nicht sonderlich lächelnd um. Herr von Loebell hat ja auch mit stiller Entrüstung die Maßnahme zurückgewiesen, als hätte er den Brief ohne Zwang veröffentlicht wollen. Erst die sozialdemokratische Antikündigung habe ihm den Rückweg verperrt. Der Vormücht jedoch bringt in Hoffmil-Druck das Material, das für den 20. Juni bereits fertiggestellt worden war, das Bild und den Brief Hindenburgs mit dem Zufug: Stimmenthaltung zu üben, wovon der Reichspräsident kein Wort gesagt hat.

Dieser Zwischenfall hat die politische Lage noch weiter verschärft und droht die Sozialdemokraten in erhöhtem Ausmaß zu radikalisieren. Vor allem aber schmerzt es, daß Herr von Hindenburg nun in diesen Kampf hineingezogen werden wird, während wir alle dringend eingeweiht haben, daß er, der Präsident, über den Parteien, außerhalb des politischen Tagesbetriebes stände. In seinem Brief findet sich ein Wort, das besonders bedenklich ist. Er wirft dem deutschen Volk großen Unmut gegen die Sozialisten vor, falls es dem Volksentscheid zum Siege verurteilt sollte. Man kann über die Rechtsfrage denken wie man will, und auch weite Kreise der Demokraten haben sich gegen den Volksentscheid ausgesprochen, weil sie eine entscheidungsgewisse Entscheidung nicht mit der Verteilung für vereinbar halten. Aber aus rechtlichen, nicht aus moralischen Gründen. Tugend ein Dand gegenüber dem letzten Kaiser nicht. Gewiß, er hat ehrlieh den Frieden zu wahren versucht, aber sich Neben haben auch in den neutralen Staaten die an sich häufig Überzeugung von seinem Kriegswillen gewekt. Seine Regierung hat in 30 Jahren das große Erb der Kaiser ruhmlos verschleudert. Zwei Kronen geben wir dafür an, denen auch kein Deutschnationaler die Gefolgschaft verweigern kann: Otto von Bismarck, der das König im dritten Wandel seiner

Gedanken und Erinnerungen sagt, und Paul von Bennendorff und Hindenburg, der ja selbst dem Kaiser zur Abdankung riet und damit ein vernünftiges Urteil über ihn fällt.

Die Reichsregierung ist durch diesen Vorgang in eine peinliche Lage gebracht worden. Formal kann sie jede Verantwortung ablehnen, denn der Brief hätte, um eine amtliche Rundgebung darzustellen, der Gegenzeichnung des Reichstanzlers bedürftig. Aber die Frage ist doch wohl berechtigt, warum das Kabinett nicht das äußerste verlor, hat, gegebenenfalls sogar unter Androhung des Rücktritts, um die Zustimmung zur Bekanntgabe zu verhindern. Und da sie uns ein offenes christliches Wort gehalten. Man hat uns manchen Vorwürfe gemacht, weil wir den Sturz Luthers in jenem Augenblick nicht gutheißten. Die Ereignisse haben uns Recht gegeben. Herr Marx ist eine schwere Enttäuschung für jeden — der an ihn glaubte. Wer hinter die Kulissen gesehen hat, weiß, daß Luther sich anders verhalten hätte. Er hat mit dem Präsidenten gerungen, um in der Frage des Volksentscheides eine Stellung einnehmen zu können, die den maßlos übertriebenen Anforderungen der fürchten Parole bot. Er hätte Herrn von Loebell ganz sicher das Handwerk gelegt. Aber selbst vor daran zweifeln, sehe sich einmal die Personalpolitik an, die jetzt getrieben wird. Herr Marx, einer der Vorstehenden des Reichstanzlers, ernannt Beamte, die überall zu finden sind, nur nicht auf dem Boden der deutschen Republik. Man muß sagen, daß Herr Luther, dessen republikanische Gelinnung sicher nicht ohne Zweifel war, der sich aber doch immerhin zu einem Lippenbekenntnis entschloß, niemals uns das angeboten hat. Und noch eines. Das Kabinett wurde geführt, weil es die Flaggenverordnung ungeliebten Angelegenheiten erlassen hatte. Der Nachfolger des Kanzlers wurde Herr Marx, der als Reichsjustizminister die Verordnung verteidigt hat. Die Eingeweihten konnten es nicht übersehen, daß er sie ausdrücklich als zu Recht bestehend bezeichnete und jetzt ihre Durchführung angeordnet hat. Wir haben tatsächlich den Zweifel mit Rechtshand vertrieben. Ein Kopfschütteln geht durch das deutsche Volk.

Trübe genug sind die Aussichten für ein Kompromiß. Erst muß der Volksentscheid abrollen, ehe man diese Frage ernsthaft erörtern wird. Jeder die Aussichten zu besetzen, die sich erschließen und doch große Hoffnungen haben auch die leidenschaftlichsten Bestürmter heute nicht. Die Bischöfe haben sich in einem Rundschreiben dagegen gewandt und man darf wohl annehmen, daß entsprechende Weisungen an den Klerus ergangen sind. Die republikanisch zuverlässige Partei des Zentrums wird auch hier dieselbe Haltung einnehmen, wie in der Flaggenfrage. Als vorsichtige Hausväter schlagen sie die Brücke nach rechts, ohne die nach links abzubrechen. Man soll sie deshalb nicht scheitern, sie sind eben Taktiker, von denen man viel lernen kann und die es vor allem ausgezeichnet verstehen, ihre eigene Machtstellung zu stärken und zu festigen, nur soll man sie in jeder Rechnung für die deutsche Republik als Dubiose vermehren. Verlaß ist niemals auf sie gewesen, und wer ihre Personalpolitik genauer betrachtet, wird sich eines leisen Schauderns nicht erwehren können.

Die Parteien der Mitte stehen zum Kompromiß. Wir haben Grund zu der Annahme, daß eine entsprechende Erklärung noch in diesen Tagen erfolgt und daß auch eine Niederlage des Volksentscheides den Fürsten nicht gewährt, was des deutschen Volkes ist. In der Flaggenfrage sind wir weiter denn je von einer Vertikalisierung entfernt. Man soll die Dinge ruhig lassen. Dafür hatten wir in diesen letzten trüben Tagen wenigstens eine kleine Freude. Die Mecklenburger Wahlen haben den Radikalismus rechts und links auf dem Schlachtfeld verblühen lassen. Kommunisten und Völkische erlitten eine vernichtende Niederlage, in die auch die Deutschnationalen Sieger geworden. Eine genaue Nachprüfung des Wahlergebnisses zeigt, daß sich die Parteien der Mitte gegenseitig getrieben haben, und es wäre doch so leicht gewesen, die Stimmverluste der anderen aufzufangen. Ein magerer Trost ist es, daß auch die fremden Staaten keine ereignisreichen Ereignisse zu verzeichnen haben. In England dauert der Kohlenstreik weiter, und die schwachen Hoffnungsvolleren brennen immer noch trübe. Der Zerfall der Liberalen in zwei Flügel unter Lloyd George und Lord Oxford, wie Asquith nach seiner Mobilisierung

heißt, wird die Gegenläufe verschärfen. In Frankreich droht das Kabinett von neuem in eine Krise verwickelt zu werden. Die Gerüchte über den Rücktritt des Finanzministers Perets wollen nicht verfliegen. Der Franzosen führt und führt, und die geradezu sinnlichen Maßnahmen der Regierung werden ihm in diesem Bemühen nicht aufhalten. Nichts, gerichts hat man in Paris vom dem verzweifelt Kampf des deutschen Volkes gegen die Inflation gelernt. Man versucht es auf den gleichen Wegen, auf denen wir nur immer tiefer in den Morast hineingeraten sind. Eine Notgemeinschaft bildet sich bereits. Frankreich und Belgien haben Verhandlungen angeknüpft, um gemeinsam den Währungsprozess zu bekämpfen, und in Paris, wie Brüssel hofft man, daß sich Italien ihnen stellen wird. Ich sei, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der Dritte.

Nur so wird allmählich das Chaos Europas überwinden werden, daß sich die Staaten eher aneinander schließen. Die Amerikaner fordern schon jetzt eine Gemeinbürgerschaft der einstigen Feinde, die allein Rettung bedeuten könnte. Deutsche Abgeordnete der großen Koalition, die bei Briand gewesen sind, lehrten mit dem Eindrud zurück, daß Frankreich wenig geneigt ist, eine engere Wirtschaftsverbindung mit uns zu knüpfen, umso notwendiger ist es, als auch die gegenwärtigen Erweiterungen in Genf keinen übermäßig erfreulichen Eindruck hervorgerufen. Brasilien und Spanien sitzen im Schmolzlinienfeld, und man sieht, daß die deutsche Aufnahme im

die sich doch peinlich Dinge abwickeln, sich ausbauen.

zwei Eifen im Richard Man.

Hindenburg.

der Fürsten. dieses des Reichs Staatsminister ung der Fürsten schlich war — weig gemacht worden. erntenswerten en, um noch fünf die Zeit bis zum die Auseinander äußern zur vor der Reichstag hat der Reichstag wird die parlamentarisch die anertens des Innern, Dr. jetzt endlich den Frage der Ver

Es hatte sich die Staatsm wählung von 1918 das gesamte Verhältnis der Fürsten häuser zum Staat, insbesondere auch in vermögensrechtlicher Beziehung, auf eine neue Grundlage gestellt worden war, und daß deshalb die Notwendigkeit gegeben worden war, dieses Verhältnis zwischen Dynastie und Staat auf dem Wege der Verleihung zu regeln. Diese Darlegung der Grundlage und des Zweckes des Abfindungsgegesetzes sollte in einer Prämisse dem eigentlichen Gelehrte vorausgeschickt werden. Mit dieser Rechtsaufstellung, die das Kabinett sich jetzt zu eigen gemacht hat, wird nicht nur endlich der Standpunkt als richtig anerkannt, auf den sich die demokratische Reichstagsfraktion von vornherein gestellt hat, sondern es wird auch eine Lösung gefunden, die juristisch vollkommen einwandfrei ist, da sie sich auf analoge Entscheidungen des Reichsgerichts stützen kann. Noch größer aber ist die praktische Bedeutung dieses Kabinettsbeschlusses, das es in diesem Reichstag jedenfalls unmöglich war, die erforderliche Zweidrittelmehrheit für ein verfassungsänderndes Gesetz in der Frage der Fürstenabfindung durchzuführen.

Damit wird aber noch keineswegs alle parlamentarischen Klippen umschifft. Die Regierungsparteien besitzen bestmüßig im Reichstage nicht die Mehrheit, sie sind deshalb, wenn sie die Kompromißvorlage zur Annahme bringen wollen, zum mindesten auf die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angewiesen. Die Aussichten für eine

